

Kreistag fordert Verbot der Tiefflüge über Schotten

SPD und Grüne setzten gemeinsamen Antrag durch – Klage in Erwägung gezogen – Empörung aller drei Fraktionen

Von Klaus Friedrich

Friedberg/Schotten. Mit Mehrheit von SPD und Grünen forderte der Wetterauer Kreistag am Freitagnachmittag in Friedberg den Kreisausschuß auf, sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln – bis hin zur Klage – dafür einzusetzen, daß die Belastung und Gefährdung der Menschen im Wetteraukreis durch militärische Tiefflüge und militärische Hubschrauberflüge reduziert wird. Unter Hinweis auf Urteile des Verwaltungsgerichts Darmstadt und des Verwaltungsgerichtshofes Kassel wurde die Bundesrepublik, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, aufgefordert, Übungstiefflüge über dem Kreiskrankenhaus Schotten im Höhenband von 150 bis 300 Meter zu untersagen und dieses verbindlich zu erklären.

Sollte dieser Aufforderung nicht entsprochen werden, wird der Kreisausschuß beauftragt, beim Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung zu erwirken, die es der Bundesrepublik untersagt, Übungsflüge in diesem Höhenband über dem Kreiskrankenhaus Schotten durchzuführen.

Wie die SPD betonte, sei die Möglichkeit zur Klage durchaus gegeben, da trotz vorliegender Gerichtsurteile und Protestschreiben des Personalrates

des Kreiskrankenhauses, der Bevölkerung und auch der dortigen Ärzte bisher im Raum Schotten noch nichts geschehen sei. Gerade in den letzten Wochen sei die Belastung der Schotter Bevölkerung durch Manöver noch schlimmer geworden, und das trotz der weltweiten Abrüstungskampagne. 135 Tiefflüge an einem Tag, Hubschraubereinsätze bis gegen 23.30 Uhr in der Nacht und andere Belästigungen mehr sprächen für sich. So könne

es nicht weitergehen. Eine verbindliche Erklärung des Verteidigungsministers zur Untersagung der Tiefflüge müsse erfolgen, ansonsten werde der Kreis den Weg der Klage beschreiten müssen. Was den deutschen Militärs verboten werde, dürfe Nato-Truppen nicht erlaubt werden.

Von notwendigen weiteren Schritten gegen die unzumutbaren und gesundheitsschädlichen Belastungen durch Tiefflieger sprach auch die Fraktion der Grünen. Den Weg der Klage brauche der Kreis nicht zu scheuen, denn Tiefflüge seien eine „vorsätzliche Körperverletzung“. Alle 15 Minuten ein Tiefflug über das Krankenhaus Schotten hinweg, bezeichneten die Grünen als „Luftangriff gegen die eigene Bevölkerung“. Harte Kritik an den Militärs und der Bundesregierung wurde laut, zumal seit kurzem auch der Raum Ortenberg von Tiefflugbelästigungen stark betroffen ist.

Die CDU nahm die Problematik durchaus ernst und bezeichnete Tiefflüge auf die Schule in Schotten als unerträglich. Doch im Vogelsberg würden kanadische und amerikanische Flieger dafür verantwortlich sein, deshalb sei der Adressat einer Klage der falsche. Hier sollte die Kreisverwaltung erst einmal klären lassen, wer die Verursacher dieser Tiefflüge sind. Den falschen Klagegegner zu bezeichnen, koste unnötig viel Geld und bringe im Endeffekt nichts. Die CDU beantragte deshalb eine Klärung der Verursacherfrage durch den Kreisausschuß, danach die Einschaltung des Friedensausschusses und dann wieder des Kreistages. Mit dem Antrag hatte die CDU jedoch keinen Erfolg. Grüne und SPD lehnten ihn ab, während die CDU ihr Veto gegen den gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen einlegte. Bleibt nun abzuwarten, was dieser Antrag bewirken wird.